Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7790**

16. Wahlperiode 16. 01. 2008

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Elke Hoff, Dr. Werner Hoyer, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Birgit Homburger, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Harald Leibrecht, Markus Löning, Horst Meierhofer, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Rainer Stinner, Florian Toncar, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 16/5211 –

Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale (Jahresabrüstungsbericht 2006)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die internationalen Bemühungen um Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung befinden sich in einem kritischen Stadium. Während auf globaler Ebene sich die Anzeichen für eine neue Phase der Aufrüstung mehren, stehen die etablierten Kooperationsregime sowohl der konventionellen Rüstungskontrolle als auch der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen vor dem Zerfall oder verharren im diplomatischen Stillstand. Derweil tragen neue multi- und bilaterale Vereinbarungen den Charakter einer nie dagewesenen Unverbindlichkeit, die durch mangelnde Transparenz- und Verifikationsverpflichtungen gekennzeichnet ist. Ferner stellen neue Bedrohungen wie der internationale Terrorismus die Wirksamkeit der anerkannten Instrumente der Abrüstung und Rüstungskontrolle vor eine zusätzliche Bewährungsprobe. Dies ist eine weitere Herausforderung, auf die die internationale Gemeinschaft in den kommenden Jahren Antworten finden muss, wenn sie einen nachhaltigen Vertrauensverlust dieser Institutionen der kooperativen Sicherheit verhindern möchte.

In ihrer Gesamtheit bedeutet die Krise der globalen Rüstungskontrollarchitektur ein schwerwiegendes sicherheitspolitisches Risiko für die Weltgemeinschaft. Das wesentliche Ziel der nationalen wie internationalen Abrüstungs- und Nichtverbreitungspolitik der Bundesrepublik Deutschland muss es daher sein, eine verantwortungsvolle Vorreiterrolle bei der Erhaltung, Förderung und Weiterentwicklung der etablierten vertrauensbildenden Kooperationsstrukturen einzunehmen.

Die Chancen der Bundesregierung zur Verwirklichung dieser Zielsetzung beruhen maßgeblich auf dem internationalen Renommee Deutschlands als vertrauenswürdiger Akteur auf diesem Politikfeld. Diese Glaubwürdigkeit muss dauerhaft bewahrt und gefestigt werden und muss auch in Zukunft die verpflichtende Leitlinie für die politischen Entscheidungen der amtierenden Bundesregierung sein.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt daher

den vorgelegten Bericht der Bundesregierung über den Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung darüber hinaus auf,

- einer Ausnahmeregelung über die Lieferung von Nukleartechnologie und nuklearem Brennstoff an Indien im Zusammenhang mit dem US-indischen Nuklearabkommen in der Nuclear Suppliers Group nicht zuzustimmen,
- den Abzug der letzten in Deutschland stationierten US-Nuklearwaffen in den zuständigen NATO-Gremien auf die Tagesordnung zu setzen und voranzutreiben,
- sowohl beim transatlantischen Partner als auch gegenüber Russland darauf zu drängen, zeitnah belastbare Nachfolgevereinbarungen für auslaufende bilaterale Abrüstungsverträge (u. a. START I, SORT) zu treffen,
- im Rahmen des Vorbereitungsprozesses für die Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages 2010 die Abrüstungsverpflichtungen der Kernwaffenstaaten anzumahnen und auf die Inkraftsetzung des Atomteststoppvertrages (CTBT) – insbesondere beim US-amerikanischen Partner – zu drängen,
- sich im Rahmen der Verhandlungen über einen Vertrag über den Produktionsstopp von spaltbarem Material in der Genfer Abrüstungskonferenz für belastbare Transparenz- und Verifikationsverpflichtungen einzusetzen,
- in der Frage der Stationierung einer US-Raketenabwehr in Polen und Tschechien auf eine gemeinsame Position der Europäischen Union zu drängen,
- den Ratifizierungsprozess für das Anpassungsübereinkommen zum Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) zu beginnen und dem Deutschen Bundestag zur Abstimmung vorzulegen,
- innerhalb der Staaten der Europäischen Gemeinschaft nachhaltig dafür zu werben, dass der EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren zeitnah in einen verbindlichen Gemeinsamen Standpunkt der Europäischen Union umgewandelt wird.

Berlin, den 15. Januar 2008

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333